

## Kommentar

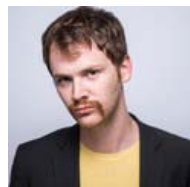
# Der Gewerbeverband handelt verantwortungslos

28.6.2016, 15:10 Uhr

Der Widerstand der Wirtschaftsverbände und bürgerlichen Parteien gegen die Neubau-Pläne auf dem Lysbüchel-Areal entbehrt jeder Grundlage. Wer so politisiert, gefährdet die Zukunft der Stadt. Ein Kommentar von Renato Beck



Beispielloser Akt der Selbstverstümmelung: Der Gewerbeverband profiliert sich auf Kosten der Stadt. (Bild: Nils Fisch)



Renato Beck

Manchmal kann man nur ungläubig staunen. Da findet sich für das alte Industrie- und Gewerbegebiet im Lysbüchel eine Lösung, die alle Interessen austariert berücksichtigt, die zudem die Stadt ein gutes Stück weiter bringt – und trotzdem sabotieren Gewerbeverband, Handelskammer und sämtliche bürgerlichen Parteien das Projekt.

Nur schon die Fakten sprechen für sich: Statt 400 Arbeitsplätze sollen dort künftig bis zu 3400 angesiedelt sein, dazu gibt es dringend benötigte Wohnungen für bis zu 2000 Menschen. Die dort ansässigen Schrottverwerter werden anders als anfangs befürchtet auch nicht aus der Stadt gemobbt, sie erhalten ein neues Plätzchen am nördlichen Ende des Areals.

Es gibt häufig Gründe zur Skepsis, wenn die Basler Stadtplaner ans Werk gehen. Wenn sie auf der Hafenmeile ein glitzerndes «Rheinhattan» aus dem Boden stampfen wollen. Wenn sie Altes, das für alle erschwinglich war, in Neues verwandeln, das viele ausschliesst. Auch wenn sie Handwerkerbetriebe, die sich hohe Mieten nicht leisten können, durch Büros ersetzen.

**Im Lysbüchel soll passieren, was an vielen Orten der Stadt  
Realität ist: das Nebeneinander von Arbeit, Freizeit,  
Wohnen.**

Im Lysbüchel trifft nichts davon zu. Alle haben dort in Zukunft ihren Platz. Die Vorbehalte, die lärmigen Gewerbebetriebe werden bei Konflikten mit den neuen Bewohnern den Kürzeren ziehen, sind unberechtigt. Zwischen dem neuen Industrieareal und den Wohnzonen werden Puffer eingerichtet, die den Lärm fernhalten. Die Zufahrt für die Lastwagen führt auch nicht durchs neue Quartier. Zudem weiss jeder, der dort einziehen will, dass neben ihm gearbeitet wird.

Im Lysbüchel soll passieren, was vielleicht nicht auf dem Bruderholz und anderen besseren Nachbarschaften, aber an vielen Orten der Stadt Realität ist: das Nebeneinander von Arbeit, Freizeit, Wohnen. 9000 von 14'000 Arbeitsplätzen des hiesigen Gewerbes befinden sich in Wohn- und Mischzonen. Man findet Bauschreiner in Innenhöfen, Schlossereien zwischen Reihenhäusern. Trotzdem behauptet der Gewerbeverband unverdrossen, das könne nicht funktionieren.

### Entwicklung Basels wird torpediert

Basel wächst, es zieht Unternehmer an, ist für Familien attraktiv. Es ist der hart erarbeitete Sog des Erfolgs, um den viele Basel beneiden. Statt diesen Erfolg weiterzudenken, ihn mitzugestalten, torpediert der Gewerbeverband mit seinen politischen Getreuen diese Entwicklung.

Das ist Obstruktion um der Obstruktion willen, aus dem einzig denkbaren Grund – weil das Projekt von Rot-Grün stammt. Gewerbeverband und Handelskammer verraten dabei ihre ureigenen Interessen: Die Privatwirtschaft zu fördern.

Wer 400 Arbeitsplätze, die weitgehend erhalten bleiben dürften, stärker gewichtet als 2000 oder 3000 neue, nur um politisch Kapital daraus zu schlagen, der handelt verantwortungslos. Am Lysbüchel zeigt sich, wie parteipolitisch der Gewerbeverband durchwirkt ist – und welche Schäden das verursachen kann.

**Sollten CVP, FDP, LDP, SVP und Grünliberale ihren  
Widerstand fortsetzen, wäre das ein beispielloser Akt der  
Selbstverstümmelung.**

Nichts Nettos lässt sich über die bürgerliche Korona um den Verband erzählen. Die Selbstzuschreibung «wirtschaftsfreundlich» taugt hier noch nicht mal als Etikett. «MehrBS» lautet das Wahlkampfmotto der FDP – gemeint ist «Mehr bürgerlich», zur Not auch mit «WenigerBS». Dass jetzt auch noch die grünliberale Regierungskandidatin Martina Bernasconi lautstark die Pläne verdammt, ist eine besondere Pointe: Mehr Arbeitsplätze und Wohnraum in der Stadt entlasten die Verkehrswege und damit die Umwelt.

Sollten CVP, FDP, LDP, SVP und Grünliberale ihren Widerstand fortsetzen und in den Grossen Rat tragen, wäre das ein beispielloser Akt der Selbstverstümmelung. Politik sollte auch in einem Wahljahr von einer Restvernunft getragen sein.

[Facebook](#)[Twitter](#)[Email](#) [Print](#)

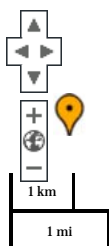
Themen [Stadtentwicklung](#), [Kommentar](#), [Gewerbe](#)

Keine Themen verknüpft

veröffentlicht 28.6.2016 - 15:10

zuletzt geändert 30.6.2016 - 16:35

Lokalisierung



Artikel-Kurzlink [www.tageswoche.ch/+cz4bl](http://www.tageswoche.ch/+cz4bl)

Web-Ansicht zum Kommentieren und Weiterleiten: [//www.tageswoche.ch/+cz4bl](http://www.tageswoche.ch/+cz4bl)